

Frankenberger Tageblatt

Bezirks-Anzeiger

Das Zeitungspapier ist ein hochwertiges, weißes, ungelbtes, leichtes und festes Papier, das für den Druck von Zeitungen und Anzeigen geeignet ist. Die Druckkosten sind sehr niedrig, und die Abnahme ist beliebig. Die Zeitung ist in der Regel am Freitagabend in der Redaktion zu bestellen. Die Abnahme ist für den nächsten Tag zu machen. Die Zeitung ist in der Regel am Freitagabend in der Redaktion zu bestellen. Die Abnahme ist für den nächsten Tag zu machen.

Die Zeitung ist in der Regel am Freitagabend in der Redaktion zu bestellen. Die Abnahme ist für den nächsten Tag zu machen. Die Zeitung ist in der Regel am Freitagabend in der Redaktion zu bestellen. Die Abnahme ist für den nächsten Tag zu machen.

Das Frankenberger Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Jibba, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa behördlicherseits bestimmte Blatt. Notationsdruck und Verlag: C. G. Rohberg (Jnh. Ernst Rohberg jun.) in Frankenberg. Verantwortlich für die Redaktion: Karl Plegert in Frankenberg.

Nr. 286

Sonnabend den 8. Dezember 1928 nachmittags

87. Jahrgang

Lugano

Viel Lärm und — Geld um nichts
Die Ankunft der Minister — Kommissionenjammer
Worte anstatt Taten

Die deutsche Delegation nach Lugano abgereist

Berlin, 7. 12. Die deutsche Delegation für Lugano ist am Freitag abend unter Führung des Reichsaussenministers Dr. Stresemann mit dem fahrplanmäßigen Zug um 20,20 von Berlin abgereist. Der Delegation, die sich aus 12 Herren zusammensetzt, gehören außer dem Reichsaussenminister noch Staatssekretär v. Schubert, Ministerialdirektor Gauß, Gesandter Freitag, Ministerialdirektor Ritter, Geheimrat Hedhamer, Delegationsrat Strosch und Legationsrat Weibel von der Abteilung des Auswärtigen Amtes an. Von der Reichspressestelle waren vertreten Legationsrat v. Twardowski und Assessor Maus. Zum Abschied hatten sich außer den Herren des Auswärtigen Amtes, der neuernannte Botschafter v. Dikßen eingefunden.

Briand in Lugano eingetroffen

Lugano, 7. 12. Der französische Außenminister Briand ist mit den Herren der französischen Abordnung am Freitag abend als erster an der Ratstagung teilnehmenden Außenminister hier eingetroffen. Briand wurde auf dem Bahnhof ein lebhafter Empfang bereitet. Die Franzosen sind im Hotel Splendid abgeblieben, während die deutsche, die englische und die rumänische Abordnung im Palasthotel Wohnung genommen werden. Die von Paris aus verbreiteten Gerüchte einer Teilnahme Mussolinis an der Ratstagung werden von maßgebender italienischer Seite als völlig unbegründet bezeichnet. Es ist zu erwarten, daß bereits im Laufe des Sonnabend abend nach dem sehr langen Fernbleiben Dr. Stresemanns von den Genfer Ratstagungen ein erstes Zusammentreffen zwischen Briand und Stresemann stattfinden wird.

Frankenberger Stimmungsmache

Paris, 8. 12. (Frankf.) In einer Vorlesung zu den Ministerbesprechungen in Lugano stellt das „Echo de Paris“ fest, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Alliierten über die Antwort auf die deutsche Note vom 30. Oktober nach wie vor weiter bestanden, sehr wahrscheinlich aber in Lugano überbrückt werden. Die Feststellungsmission, die nach der Räumung des Rheinlandes ihr Amt antreten sollte, habe für Frankreich nur möglichen Wert. Alle Bemühungen Briands würden in Lugano darauf abzielen, die Weigerung Deutschlands, die Feststellungsmission über 1935 hinaus zu verlängern, zu erschüttern. Das Blatt hofft, daß sich Briand, um zu diesem Ziel zu gelangen, nicht dazu hergeben werde, Deutschland Garantien über die zweiseitige Zuständigkeit der Kommission zu geben. Das würde nur darauf hinauslaufen, eine Art französischer entmilitarizierter Zone zu schaffen. Besser wäre es dann, eine Auffassung preiszugeben, die nach allem nur zu einer sehr nebelhaften Wahrung der französischen Interessen führen könne.

Verhandlungen über die Feststellungs-Kommission?

London, 8. 12. (Frankf.) In einem weitläufigen offiziellen Leitartikel beschäftigt sich die „Times“ am Vorabend der Verhandlungen von Lugano mit der britischen Haltung zur Rheinlandfrage auf Grund der letzten Erklärung Chamberlains. Das Blatt bezeichnet es als wahrscheinlich, daß in Lugano Besprechungen, die möglicherweise als Verhandlungen zu bezeichnen seien, über die Rheinlandfrage stattfinden werden. Die letzten Erklärungen Chamberlains im Unterhaus rechtfertigt die „Times“ zunächst unter Hinweis auf die Rede Lloyd Georges über die Auslegung des Artikels 431 des Vertrages mit inner-

politischen Gründen. Auch der etwas scharfe Ton der Chamberlain'schen Feststellungen sei gegen die Kritik im Innern gerichtet gewesen. Schließlich habe der Außenminister den britischen Standpunkt klar herausgearbeitet, politisch aber nicht weniger deutlich darauf hingewiesen, daß England im Geiste der Erklärung von 1919 mit einer sofortigen Rheinlandräumung einverstanden wäre. Am Schluß des Artikels gibt die „Times“ aber zu, daß es nicht allein innerpolitische Gründe waren, die den Außenminister bei seiner Erklärung leiteten. Die vollständige Räumung des Gebietes eines Mitgliedslandes des Völkerbundes und Teilhabers der Locarnoverträge durch die alliierten Truppen sei zwar wünschenswert, aber in Berlin wisse man sehr wohl, daß eine Einzelaktion der britischen Regierung Deutschland nicht helfen würde und daß sich die britischen Verpflichtungen aus dem Locarnoverträge sowohl auf Frankreich wie Deutschland erstrecken. Die gesamten Vereinbarungen über die Rhengrenzen Frankreichs hätten die Natur eines Kompromisses gehabt. In einigen Punkten, wie der vollständigen Trennung des linken Rheinufers von Deutschland und die von Poincaré damals verlangte Verlängerung der Befähigung über einen Zeitraum von 15 Jahren hinaus, sei der französische Standpunkt von England abgelehnt worden, in anderen Fragen habe Großbritannien den Forderungen Frankreichs zugestimmt. Dabei sei es durch Erwägungen der Politik wie der Ehre gebunden, in vollem Ausmaße zu diesen vertraglichen Verpflichtungen zu stehen. Es besteht guter Grund für die Annahme, daß der Rückdruck, mit dem die „Times“ hier auf innerpolitische Zeitmotive für die Erklärung Chamberlains hinweist, mit den Erklärungen übereinstimmt, die der Außenminister bei späterer Gelegenheit machenden deutschen Stellen gegeben hat, aber es ist kein Zweifel, daß nicht allein die Unbenutzbarkeit der Lloyd Georges'schen Wahnungen Chamberlain zu sehr scharfer Präzisierung des englischen Standpunktes veranlaßt. Es besteht sehr große Wahrscheinlichkeit dafür, daß Chamberlain für seinen Teil bemüht war, die diplomatischen Voraussetzungen für die Besprechungen von Lugano zu schaffen, in deren Verlauf man höchstwahrscheinlich von der alliierten Forderung in der Frage der Einleitung einer Feststellungsmission für das entmilitarisierte Rheinland Bestimmteres hören wird.

„Deutschland ist schuld“

Paris, 8. 12. (Frankf.) Ein großer Teil der heutigen Morgenpresse widmet der bevorstehenden Zusammenkunft Stresemann — Briand in Lugano längere Kommentare. Allgemein wird die Schuld an der Verzögerung der Reparationsverhandlungen, für die man von Lugano eine Vorlösung erwartet, Deutschland in die Schuhe geschoben. Nur der sozialistische „Peuple“ fordert, daß man zum Geiste von Genf zurückkehren müsse, wenn man wirklich Ergebnisse erzielen wolle.

Die Aufgabe der Juristen in Lugano

London, 8. 12. (Frankf.) Die britische Abordnung für Lugano reist heute vormittag ab. Chamberlain wird von Selbo, seinem Privatsekretär, begleitet. Die Beamten der Völkerbundsabteilung des Foreign Office befinden sich bereits in Genf. Der Rechtsberater der Regierung, Sir Cecil Hurst, wird in Kürze folgen. Aus der Tatsache, daß sich die juristischen Berater Englands, Deutschlands und Frankreichs in Lugano versammeln, schließt der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“, daß einige schwierige juristische Fragen, darunter wahrscheinlich die Auslegung des Artikels 431 und andere auf die Festlegung des Rheinlandes bezügliche Bestimmungen des Versailler Vertrages, einer eingehenden juristischen Erörterung unterzogen werden. Daneben würden die Juristen vermutlich aufgefordert werden, einen Plan für die vorgesehene Feststellungs- und Verhörmismission zu entwerfen.

Wichtige Erklärung Coolidges zur Kellogg-Patt-Frage

Newport, 8. 12. (Frankf.) Präsident Coolidge ließ nach einer Unterredung mit Staatssekretär Kellogg erklären, daß er seinen persönlichen Einfluß aufbieten werde, um die Annahme des Kellogg-Pattes ohne Vorbehalte möglichst schnell durchzuführen. Trotzdem ist es nicht von der Hand zu weisen, daß sich die Annahme des Vertrages infolge der Stellungnahme der Opposition im Senat verzögern wird. Die Hauptvorbehalte, die die Senatsopposition in den Pakt einfließen lassen möchte, sind:

1. Die Unterzeichnung bedeutet nicht die Anerkennung des Bestandes.
 2. Amerika ist nicht verpflichtet, sich an der Aufrechterhaltung des Status quo in Europa aktiv zu beteiligen.
 3. Amerika kann alle Schritte ergreifen, die für die nationale Verteidigung notwendig sind.
- Wurde eine Anfrage im Senatsausschuß, ob Amerika bei einer Vertragsunterzeichnung verpflichtet sei, sich an einer Aktion der Räte zu beteiligen, antwortete Staatssekretär Kellogg verneinend. Präsident Coolidge ließ diese Erklärung dahin ergreifen, daß Amerika durch den Kellogg-Pakt keinerlei Bindungen bei Vertragsunterzeichnung übernehme. Die Regierung hofft, daß es ihr gelingen werde, die Opposition zu überwinden zu lassen. Man rechnet infolgedessen vorläufig noch mit der Annahme des Vertrages.

Erhöhte Baukosten für die amerikanischen Riesenunterseebote

Newport, 8. 12. (Frankf.) Präsident Coolidge empfahl dem Kongreß die Erhöhung der für die beiden Riesenunterseebote vorgesehenen 10.600.000 Dollar auf 13.300.000 Dollar. Der Vorsitzende des Marineauschusses Britton brachte sofort eine entsprechende Vorlage ein.

Der deutsch-estländische Handelsvertrag unterzeichnet

Reval, 7. 12. Der deutsch-estländische Handelsvertrag ist Freitag abend 21 Uhr in Reval unterzeichnet worden, nachdem in verschiedenen Punkten noch eine Einigung erzielt wurde. Deutscherseits unterzeichnete Geheimrat Dr. Kad, von estländischer

Kurzer Tagespiegel

Der Reichspräsident gab am gestrigen Abend ein Essen zu Ehren der Reichsregierung. Im Reichsjustizministerium fand eine Besprechung über die Frage einer Reform auf dem Gebiete der Rechtspflege statt.

Außenminister Briand ist in Lugano eingetroffen. Die Gerüchte von einer Teilnahme Mussolinis an der Ratstagung werden von italienischer Seite dementiert.

Der Reichsparteiausschuß des Zentrums hat nach der Weigerung des einstimmig zum Vorsitzenden gewählten Aba. Joos dem Parteitag empfohlen, aus seiner Mitte drei Vorsitzende mit gleichen Rechten zu wählen.

Im Auswärtigen Ausschuß des amerikanischen Senats kam es zu einer scharfen Auseinandersetzung über den Kellogg-Pakt.

Die Kämpfe mit den Aufständischen in Afghanistan dauern unvermindert an. Es soll bisher bereits über 1000 Tote gegeben haben.

Im Befinden des englischen Königs ist keine Veränderung eingetreten.

In Reval wurde der deutsch-estländische Handelsvertrag unterzeichnet.

Auf eine polnische Zeitung ist erneut ein Bombenanschlag verübt worden.

Gunther Blüschow ist vor einigen Tagen mit einem Wasserflugzeug in Feuerland zu einem Flug über die Straße von Magellan aufgebrochen und wird seitdem vermißt.

In Mainz sind von den Besatzungsbehörden zwei weitere Deutsche verhaftet worden.

Seite Außenminister Tattil. Der Vertrag besteht aus 29 Artikeln und 3 Zusatzprotokollen, die die Räte für Geschlossenheit bezeichnen. Gleichzeitig mit dem Vertrag wurden zwei Noten und zwei diplomatische Schreiben ausgetauscht, die verschiedene Einzelfälle, u. a. auch die wahrscheinliche Abschaffung des Wismars behandelten. Wie bisher nur bekannt ist, heißt der Handelsvertrag ein einfaches Meistbegünstigungsvertrag. Er gewährt Deutschland kein Privileg in Niederlassungsrecht. Die Schwierigkeiten, die sich in den letzten Tagen bei den Verhandlungen eingestellt hatten, beruhten auf dem Bestehen der deutschen Abordnung, den Handelsvertrag von der neuen estländischen Regierung unterzeichnen zu lassen, die erst in diesen Tagen gebildet worden ist. Dadurch hoffte man, dem Vertrag eine härtere moralische Wirkung zu geben.

Polen will das Scheitern der Verhandlungen mit Deutschland

Neue Zollschikanen

Ein sehr durchsichtiges Manöver

Warschau, 7. 12. Obgleich hier über den Verlauf der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen noch keine amtlichen Mitteilungen vorliegen, vertritt sich der Eindruck immer mehr, daß Polen aus politischen Gründen nicht oder doch nur sehr wenig geneigt ist, die zwischen beiden Ländern bestehende Spannung zu beseitigen. Wenn man dazu noch den Widerstand der polnischen industriellen Kreise in Rechnung stellt, kommt man zu dem Schluß, daß es auch diesmal nicht gelingen dürfte, die nötige Grundlage für den Abschluß der Verhandlungen zu finden. Die politische Abordnung verfolgt nach wie vor die Taktik, die Fragen, an denen Polen besonders interessiert ist, einzeln herauszugeben und in den Vordergrund zu stellen, während die deutschen Wünsche und Forderungen gar keine Beachtung finden. Selbstverständlich ist Deutschland nicht in der Lage, den Polen auf diesem Wege zu folgen und muß auf einer gleichmäßigen Behandlung aller Artikel bestehen. Aus diesem Grunde erscheint es ganz selbstverständlich, daß Dr. Hermes — ein ble polnische Presse zu beichten wolle — ein Sonderabkommen über die Verlängerung des Salzabkommens im heutigen Stadium der Verhandlungen abgelehnt habe.

Ergebnislos!

Warschau, 7. 12. Soweit die Dinge am heutigen Freitag abend stehen, sind die vierseitigen Handelsvertragsbesprechungen zwischen den Bevollmächtigten Deutschlands und Polens so-

wohl streng objektiv, wie vom deutschen Standpunkt aus gesehen, ergebnislos verlaufen; es ist denn, daß man es als ein Ergebnis bezeichnen wollte, daß der Frieden nicht völlig abgerufen ist und daß die Verhandlungen am 16. Dezember wieder aufgenommen werden sollen.

Zu einer irgendwie als Grundriß brauchbaren Klärung hat der Meinungsaustrausch jedenfalls nicht beigetragen.

Es ist aus dem Grunde nicht, weil die polnischen Verhandlungspartner, wie verlangt, eine vollständige Meinungsäußerung zu den deutschen Vorschlägen bis jetzt angeschlossen hat. Die Lage läßt sich wohl nur so charakterisieren, daß man polnischerseits sehr darauf bedacht gewesen ist, die eigenen Wünsche in den Vordergrund zu stellen und genau zu formulieren, die von Deutschland herausgegebenen Wünsche aber in der Schärfe zu laßen. Gleichwohl hat ein gewisses, keineswegs unerhebliches Teil der britischen Presse alles getan, um den tatsächlichen Sachverhalt zu verwickeln, bzw. auf den Kopf zu stellen.

Hermes auf der Rückfahrt

Warschau, 8. 12. (Frankf.) Reichsminister a. D. Dr. Hermes hat Freitag abend Warschau verlassen, um sich über Berlin zur internationalen Landwirtschaftsversammlung nach Paris zu begeben. Wie bereits gemeldet, wird Dr. Hermes zur Wiederaufnahme der Besprechungen am 16. Dezember hierher zurückkehren.